

AGRARPOLITISCHER FRÜHSCHOPPEN

Auch Bauern kaufen bei „Aldi“

Keine Patentrezepte zur Lösung der Probleme in der Landwirtschaft gab es beim politischen Frühschoppen auf dem Berg. Albert Füracker warb für Verständnis für eine moderate Politik.

VON ALFRED SCHUBERT

Hohenpeißenberg – Keine großen Hoffnungen auf eine schnelle Änderung der Situation auf dem Milchmarkt machte Füracker den rund 60 Besuchern des Frühschoppens, die gestern auf Einladung der „Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft in der CSU“ auf den Hohen Peißenberg gekommen waren. „Die anderen sind mehr“, so der Landtagsabgeordnete und agrarpolitische Fraktionssprecher der CSU, der selbst einen Hof hat. Deshalb sei es nicht einfach, die Interessen der Landwirte auf politischer Ebene zu vertreten. Es müssten auch die Interessen der – zahlenmäßig deutlich überlegenen – anderen gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigt werden. Hinzu komme die Mentalität der Menschen.



Die Bauern sind keine Mehrheit, deshalb kann die Politik nicht ausschließlich ihre Interessen unterstützen. Dies erklärte Albert Füracker den Landwirten beim „Agrarpolitischen Frühschoppen“ auf dem Hohen Peißenberg.

FOTO: GRONAU

„Der deutsche Verbraucher ist das neoliberalste und globalisierteste Wesen, das es gibt – wenn es ums Einkaufen geht.“ Die meisten Menschen würden dort einkaufen, wo es am billigsten ist. „Und wenn man ehrlich ist“, meinte er auf die Anregung eines Besuchers, die Ansiedlung von Billig-Märkten zu verhindern, „man sieht manchmal auch Bauern aus einem ‚Aldi‘ kommen.“

Langfristig sieht Füracker keine Gefahr für die Landwirtschaft in Deutschland. Es sei zu gefährlich, sich auf Lebensmittelimporte zu verlassen, nur weil es schon lange keinen Mangel mehr gebe: „Das wäre so, als ob man die Feuerversicherung kündigt, weil es schon 30 Jahre nicht mehr gebrannt hat.“

Trotzdem müssten sich die Landwirte auf die sich ändernde Realität einstellen.

Der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen und die Energieproduktion biete eine Chance. Von der „Tank oder Teller“-Diskussion hält der Abgeordnete nicht viel: Selbst wenn es zehn Jahre so weiter gehe wie bisher, werde dann erst ein Prozent der landwirtschaftlichen Fläche umgenutzt sein. Dies würde nicht zur Unterversorgung mit Lebensmitteln führen. Ein Problem sei aber – in diesem

Punkt stimmte er einem Besucher zu – dass die Subvention der alternativen Energien zu Verwerfungen zum Nachteil der Landwirte führen. „Wenn die 3500 Euro Pacht für einen Hektar zahlen werden, dann kann ein Landwirt nicht mehr mithalten“. In diesem Sinne sei er für kleine dezentrale Solarkraftwerke, „aber nicht für 180-Hektar-Anlagen.“ Er warnte die Bauern auch vor unrealistischen Erwartungen

an Biogasanlagen. Diese seien sinnvoll, wenn ein Landwirt Gülle habe, die er verwerten kann. Hingegen könne die Einspeisevergütung für Strom zur gefährlichen Deckelung der Einnahmen werden, wenn die Pachtpreise für die Anbauflächen von Mais steigen.

Abschottung der Märkte bringt laut Füracker nichts. Bayern habe bei Milch einen Selbstversorgungsgrad von 180 Prozent, brauche also den Export. Dem seien aber auch Grenzen gesetzt: „Die Chinesen haben ausreichend Arbeitskräfte und Kapital, um selbst eine Milchwirtschaft aufzubauen.“ Außerdem gebe es noch ein grundsätzliches Problem: „Exportieren können sie immer. Die Frage ist nur: zu welchem Preis.“ So sehe er auch die Forderungen nach einem höheren Milchpreis: „Sie können verlangen was Sie wollen, die Frage ist nur, ob jemand bereit ist, diesen Preis zu zahlen.“

Ein Besucher warf den Bayerischen Staatsforsten vor, sie würden ihre Marktmacht zum Nachteil der kleinen Waldbauern missbrauchen. Füracker widersprach diesem Vorwurf nicht.